



Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen

40. Sitzung (nicht öffentlich)

24. November 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.55 Uhr

Vorsitz: Adolf Retz (SPD)

Stenograf: Günter Labes-Meckelnburg

Verhandlungspunkt und Ergebnis:

Seite

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

1

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4200

Vorlagen 12/2839, 12/2897, 12/2898 und 12/3114

Ausschussprotokoll 12/1374

- a) **Einzelplan 15** - **Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport - Bereich Stadtentwicklung** -

1

Der Ausschuss nimmt den Einzelplan 15 - Bereich Stadtentwicklung - in der geänderten Form mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU an.

(Die Ergebnisse der Einzelabstimmungen sind aus der Vorlage 12/3228 zu ersehen.)

b) Einzelplan 20 - Kapitel 20 030, 20 070 und 20 630 -

Der Ausschuss stimmt den in seiner Zuständigkeit liegenden Kapiteln mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU zu.

(Anträge zu diesen Kapiteln haben nicht vorgelegen - kein Diskussionssteil.)

c) Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen 6

Der Ausschuss nimmt den Einzelplan in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU an.

(Die Ergebnisse der Einzelabstimmungen sind in der Vorlage 12/3225 festgehalten.)

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4200

Vorlagen 12/2839, 12/2897, 12/2898 und 12/3114

Ausschussprotokoll 12/1374

Vorsitzender Adolf Retz weist darauf hin, dass die eingereichten Anträge in der Vorlage 12/3036 zusammengefasst sind.

(Hinweis: Im Folgenden sind nur diejenigen Diskussionsbeiträge niedergeschrieben, die über die Begründungen zu den Anträgen in den Anlagen zu den Vorlagen 12/3228 zu Einzelplan 15 und 12/3225 bezüglich Einzelplan 14 - die genannten Vorlagen enthalten auch die Ergebnisse der Einzelabstimmungen - hinausgehen.)

- a) **Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport - Bereich Stadtentwicklung -**

Generalaussprache

Bernd Schulte (CDU) merkt an, eines der Hauptanliegen des Ministerium bestehe in der Fortführung der Errungenschaften der Internationalen Bauausstellung in neuer Trägerschaft. Die Ministerin favorisiere sehr stark die Agentur Ruhr, die die IBA-Einrichtungen tragen und weiterentwickeln solle. Ihn interessiere, wie sich die Ministerin den Fortbestand der IBA-Einrichtungen vorstelle, wenn es nicht gelinge, koalitionsintern diese Vorstellungen zur Agentur Ruhr durchzusetzen, beziehungsweise die Mitgliedsstädte des Kommunalverbandes Ruhr diese Agentur nicht trügen, wie einzelne Beschlüsse von Gebietskörperschaften bereits erkennen ließen.

Die CDU-Fraktion habe zwar bei der Einbringung des Etats darauf hingewiesen, dass sie nicht die Einzelförderung über die verschiedenen Förderungstöpfe als Ziel verfolge, bitte aber auf der Grundlage der Einbringungsausführungen der Ministerin um die Angabe, in welchem Jahr neue Bewilligungen über die Umsetzung der Verpflichtungsermächtigungen hinaus erwartet werden könnten. Er gehe jedenfalls davon aus, dass die Ansätze des laufenden und des nächsten Jahres zur Abarbeitung der Verpflichtungsermächtigungen benötigt würden. Hilfreich erscheine, wenn in dem Zusammenhang einmal eine Gesamtdarstellung der Verpflichtungsermächtigungen erfolgte.

Der Baransatz beim Grundstücksfonds sei für den Erwerb und die Nutzbarmachung von Brachflächen auf nunmehr 64,635 Millionen DM erhöht worden, wodurch das Ist-Ergebnis 1998 um 1,5 Millionen DM überschritten werde. Der Haushaltsansatz 1999 habe bei

51,4 Millionen DM gelegen. Er bitte um Begründung, warum die Mittelaufstockung um fünf Millionen DM erst durch die Anträge der Koalition erfolge und nicht bereits im Haushaltsentwurf enthalten gewesen sei. Insbesondere sollte dargelegt werden, um welche dringlichen Ankäufe es sich hierbei handle und warum sich dieser Finanzierungsbedarf ausgerechnet im Jahr der Landtagswahlen ergebe.

Zum Programm "Soziale Stadt" bitte er um die konkrete Benennung der Projekte, die das Land im Jahr 2000 in den Kreisen und Kommunen zu unterstützen gedenke. Er kündige zu dem Thema Parkraumbewirtschaftung, das jetzt wohl in die Zuständigkeit des Verkehrsministeriums falle, an, daß seine Fraktion im Haushalts- und Finanzausschuss nachfragen werde, wie es mit der von den Mehrheitsfraktionen beschlossenen Konzeptumsetzung aussehe.

Der CDU-Abgeordnete bedankt sich abschließend bei der Ministerin für die schnelle Aufnahme der in der letzten Sitzung vorgebrachten Anregung bezüglich der Förderung von Bahnhöfen. Die Bürgermeister der betroffenen Kommunen hätten sich darüber gefreut, dass aus dem Ministerium sehr schnell telefonisch nachgefragt worden sei, inwieweit Hilfestellung geleistet werden könne.

Für **Gerd-Peter Wolf (SPD)** bewiesen die hartnäckigen Fragen des CDU-Kollegen, dass die CDU-Fraktion mit Blick auf die Landtagswahlen die Wirkungen dieses Haushaltsentwurfes richtig einschätze. Mit diesem Mittel werde nämlich eine hervorragende Strukturpolitik betrieben. Dies gelte aber nicht ausschließlich mit dem Blick auf den Wahltag, sondern dabei handle es sich um eine langfristig angelegte Politik. Seine Fraktion gehe daher davon aus, dass auch im nächsten Jahr 10 bis 20 Prozent der im Etat zur Verfügung stehenden Mittel bar für neue Maßnahmen bereitstünden. Er traue den an den Programmen mitwirkenden Personen und Ebenen zu, dass das Geld dorthin fließe, wo es gebraucht werde und auch verbaut werden könne. Erwartet werde von der SPD-Fraktion, dass es mit den erhöhten Mitteln für Stadterneuerung, zu denen auch die Mittel, die im Rahmen des Bundesprogramms "Soziale Stadt" eingesetzt würden, in Nordrhein-Westfalen vorangehe.

Erfreulicherweise seien Teile der letztjährigen Programme hervorragend angekommen. Das von der Landesregierung auf den Weg gebrachte integrierte Handlungskonzept als Lösungsansatz für die vielfältigen Probleme - Urbanitätsverlust, Strukturwandel, Gefährdung des Handels-, Einkaufs- und Lebensstandortes, soziale Segregation, Verkehrskollaps, Sicherheit usw. - helfe den Gemeinden. Allseits Anerkennung gefunden habe auch die Tatsache, dass das Stadtmarketing zum Regelfördergegenstand geworden sei. Mit der Initiative "Ab in die Mitte" sei bundesweit ein Zeichen gesetzt worden, dem nach und nach auch andere Länder folgten, selbst Länder wie Bayern und Baden-Württemberg, die ein solches Problem vor zwei Jahren noch nicht gesehen hätten.

Besonders erfreulich erscheine der SPD-Fraktion der weitere Ausbau des Programmes "Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf". In diesem Aufgabenfeld werde nämlich einen hoher Handlungs- und Lösungsbedarf gesehen. Die neue Bundesregierung habe mit den Mitteln für das Programm "Soziale Stadt" signalisiert, dass sie diesen Ansatz zugrunde lege. Einzusetzen seien in diesem Zusammenhang EU-Mittel im Rahmen der Agenda 2000 und

Ziel-2-Gebiete-Mittel. Deshalb würden auch in diesen Bereichen wirkliche wesentliche Fortschritte erwartet.

Positiv herausstellen wolle er für seine Fraktion den Fleiß und die Hartnäckigkeit mit der am Thema "Entwicklung kleiner und mittlerer Bahnhöfe" gearbeitet worden sei. Die jetzige Bahn AG sei bekanntlich ein besonderer Fall. Bis dort das von allen Abgeordneten gewünschte flexible Handeln erreicht werde, dürfte noch sehr viel Wasser die Spree herunterfließen. Mit dem Bahnhofsprogramm seien jedoch wirkliche Fortschritte erreicht worden, integrierte Lösungen erarbeitet, Bahnhofsumfelder aufgewertet, Verkehrsverknüpfungen geschaffen und die Anbindung an Innenstädte usw. verbessert worden. Wir setzen darauf, dass im nächsten Jahr auf diesem Feld ein wesentlicher Schritt nach vorn gemacht werde.

Als weit in die Zukunft Weisendes werde gesehen die Regionale Kultur- und Naturräume in Nordrhein-Westfalen. Die Ostwestfalen hätten die erste Regionale erhalten und könnten von der guten Resonanz berichten, auf die diese gestoßen sei. Mit ihr habe man wohl ein Mittel gefunden, die Erfolge der IBA in anderer Form weiterzutragen. Mit der IBA habe Nordrhein-Westfalen europa- und vielleicht sogar weltweit etwas geschaffen, von dem viele lernen wollten. Die hinter der IBA steckenden Ideen und Managementqualitäten, Menschen, Verbände und Institutionen in einen Entwicklungsprozess einzubringen, sollten in Nordrhein-Westfalen im Interesse der Gemeinden fortgeführt werden.

Hedwig Tarner (GRÜNE) bezeichnet die Regionalen als ein gutes Beispiel für die in den Stadterneuerungsmitteln enthaltenen Möglichkeiten. Auf diese Weise könnten die auf Landesebene entwickelten Vorstellungen vor Ort gebracht werden, außerdem würden dort nur solche Maßnahmen realisiert, die auch benötigt würden. Niemals dürfe der Eindruck entstehen, die Stadterneuerungsmittel dienten dazu, in Wahlkampfzeiten mit hervorragenden Projekten an die Öffentlichkeit gehen und sagen zu können, das habe man als Wahlkreisdirektkandidat durchgesetzt. Die verwirklichten Projekte hielten einer objektiven Betrachtung stand. Zum Teil seien die Innenstädte als Einheit bestehen geblieben und erschienen lebenswert. Dazu trügen Maßnahmen aus den Programmen "Soziale Stadt" und "Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf" bei und natürlich auch die Revitalisierung von Bahnhöfen. Ein ganz wichtiger Ansatzpunkt bei den Stadterneuerungsmitteln bestehe darin, dass die Ausgaben und Ziele nachvollziehbar und vergleichbar blieben. Nordrhein-Westfalen schneide auf diesem Feld mit der in den letzten Jahren betriebenen Politik gut ab.

Sie könne zwar die CDU-Anträge verstehen, aber nicht akzeptieren, die darauf abzielten, die Ansätze zu kürzen, bei denen es darum gehe, die erzielten Erfolge darzustellen, zu verallgemeinern und nachvollziehbar zu machen. Auch das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) stelle für sie eine wichtige Einrichtung dar. Das ILS sei bedeutsam, damit Stadterneuerungsmaßnahmen verglichen und evaluiert werden könnten und um Kommunen das zusammengetragene Wissen zur Verfügung stellen zu können. Die CDU wolle aber in den erwähnten Bereichen Mittel sparen. Auf diese Weise würde an den völlig falschen Punkten gespart. Die CDU strebe in den Einzelplänen 14 und 15 an, lediglich Geld einzusparen, nicht aber neue Akzente zu setzen. Insoweit betrachte sie diese Anträge als Armutszeugnis für die CDU-Fraktion.

Ministerin Ilse Brusis (MASSKS) nimmt zunächst Stellung zu der Frage nach der Agentur Ruhr und erklärt, diese Überlegungen hätten nur bedingt mit dem Haushalt zu tun. Der Zusammenhang werde aber wohl darin gesehen, dass für die Agentur im Haushaltsplanentwurf Mittel eingesetzt worden seien. Bei dieser Agentur Ruhr gehe es nicht darum, dass IBA-Projekte weitergeführt werden müssten. Die durchgeführten IBA-Projekte seien abgeschlossen und befänden sich in unterschiedlicher Trägerschaft und müssten nicht etwa von einer Agentur fortgeführt werden. Es gehe jedoch darum, den von der IBA im Ruhrgebiet angestoßenen Entwicklungsprozess weiterzuführen, da das Ruhrgebiet auf diesen dringend angewiesen sei. Das Ruhrgebiet benötige weiterhin Innovationen und Entwicklungen, die dazu beitragen, dass sich neue Unternehmen und Betriebe ansiedelten und dass die Lebensqualität in dieser Region gesteigert werde und Arbeitsplätze geschaffen würden. Das Land habe dazu den Kommunen des Ruhrgebiets ein Angebot in Form einer Agentur Ruhr unterbreitet. Die Kommunen hätten zu entscheiden, ob sie dieses Angebot annähmen oder ablehnten. Im Augenblick sehe es tendenziell danach aus, als ob sie dieses Angebot nicht annehmen wollten. Eine Angebotsablehnung entbinde die Landesregierung nicht von der Aufgabe, Überlegungen anzustellen, wie ein solcher Entwicklungsprozess im Ruhrgebiet fortgeführt werden könne, weil dieser unverzichtbar erscheine. Bekanntlich gebe es im Ruhrgebiet riesige Brachflächen, die nicht einfach liegen gelassen werden könnten. Es schade der Region, wenn man diese Brachflächen nicht aufbereitete und neu nutzte. Bei der Größe der anstehenden Aufgabe sei eine Kommune allein überfordert. Dazu erinnere sie an das große Areal Zollverein in Essen, das inzwischen zu einem weltweit bekannten Aushängeschild für das Ruhrgebiet geworden sei. Das bilde einen Zukunftsstandort, wie er im Buche stehe. Aber die Entwicklung beim Zollverein sei noch längst nicht abgeschlossen. Die Landesregierung zucke jedenfalls nicht mit den Schultern und überlasse dieses Problem ausschließlich der Stadt Essen. Vielmehr wolle man den Kommunen des Ruhrgebiets bei diesem Entwicklungsprozess eine Hilfestellung, der sie benötigen, anbieten. Deshalb sei der Vorschlag Agentur Ruhr vorgelegt worden. Wenn dieser Vorschlag in dieser Form nicht akzeptiert werde, heiße dies nicht, dass es nicht die entsprechenden Aufgaben gäbe. Die Aufgaben müssten dann in anderer Form bewältigt werden.

Was die Verpflichtungsermächtigungen in der Städtebauförderung angehe, sei es nun einmal so, dass man es hierbei zum Teil mit sehr großen und langwierigen Projekten zu tun habe. Da solche Projekte häufig mehrere Jahre beanspruchten, bedürfe es der Verpflichtungsermächtigungen. Insofern werde ein ganz consequentes Verfahren praktiziert. Später sagt die Ministerin zu, bei der Vorstellung des Städtebauförderungsprogramms für das Jahr 2000 dem Ausschuss die Verpflichtungsermächtigungen aufzuschlüsseln.

Zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen bezüglich des Grundstücksfonds könne sie nur sagen, dass dieser immer Geld gebrauchen könne, weil noch viel hinsichtlich der Entwicklung der Flächen erledigt werden müsse, um diese neu nutzen zu können. Bezüglich der Frage, welche dringenden Ankäufe anstünden, verweise sie auf die beispielsweise im Steinkohlenbergbau bevorstehende neue Konzentrationswelle. Dadurch würden viele Flächen frei. Die Kommunen klopften daher bereits beim Land an und verwiesen auf das darin steckende Stadtentwicklungspotenzial. Zu Neukirchen-Vluyn habe ihr neulich jemand gesagt, wenn es diese Zeche nicht mehr gäbe, bestehe trotz der Probleme für die betroffenen Menschen aber die Chance, diese beiden Stadtteilen mit einer vernünftigen Stadtentwicklung zusammenwachsen zu lassen.

Die Landesregierung handelte fahrlässig, wenn sie sich darum nicht kümmere und die Kommunen allein lasse. Eine Kommune wie Neukirchen-Vluyn könne diese Entwicklung nicht allein tragen, sondern brauche der Hilfe des Landes, wozu ihr Ministerium im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten und mit Unterstützung der im Hause vorhandenen Fachkompetenz bereit sei.

Sodann sagt die Ministerin dem Ausschuss eine Auflistung aller Maßnahmen des Programms "Soziale Stadt" zu.

Zum Schluss ihrer Ausführungen erklärt die Ministerin, für die Parkraumbewirtschaftung liege die Zuständigkeit für den Stadtverkehr bekanntlich nunmehr beim Wirtschafts- und Verkehrsminister. Die Parkraumbewirtschaftung sei seinerzeit vom Landtag, als sie zwar Ministerin, aber wohl noch nicht Abgeordnete gewesen sei, beschlossen worden. Insoweit habe sie in der Zeit ihrer Zuständigkeit diesen Beschluss ausgeführt. Sie halte diesen Beschluss im Prinzip für richtig, allerdings gehe es um eine vernünftige Realisierung.

Antragsberatung

Zu lfd. Nr. 1:

Gerd-Peter Wolf (SPD) begründet die Ablehnung des CDU-Antrages damit, dass vom Ministerium zwar mehr geleistet, aber dennoch die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit nicht erhöht würden, was bereits als gutes Zeichen angesehen werden müsse. Zudem erwarte er, dass das Ministerium keine Hochglanzbroschüren, sondern hervorragende Informationen herausgeben werde. Auch in Zeiten knapper Kassen sehe seine Fraktion keinen Grund, dem Bürger wichtige Informationen vorzuenthalten.

Hedwig Tarner (GRÜNE) sieht es als ganz wichtig an, dass solche Broschüren veröffentlicht würden, weil aus diesen gelernt werden könne, was andere Kommunen bereits verwirklicht hätten und welche Maßnahmen gefördert worden seien. Aus diesem Grunde halte sie diese Öffentlichkeitsarbeit für bedeutsam.

Zu lfd. Nr. 2:

Gerd-Peter Wolf (SPD) trägt ergänzend zu dem Antrag vor, dass es insgesamt um 10 Millionen DM gehe. Der zweite Teil über 5 Millionen DM betreffe das GFG und somit den Ausschuss für Kommunalpolitik.

Zu lfd. Nr. 3:

Hedwig Tarner (GRÜNE) wendet sich gegen die Vorgehensweise der CDU. Auch sie trage den Gedanken mit, dass das ILS wirtschaftlich arbeiten müsse. Aber es könne nicht einfach der Einnahmenansatz um 100.000 DM heraufgesetzt werden. Dem Ausschuss sei beim letzten

Mal erläutert worden, warum die Einnahmen nicht höher lägen. Diesen "medienwirksamen" Antrag lehne sie deshalb ab.

b) Einzelplan 20 - Kapitel 20 030, 20 070 und 20 630

(Ergebnis siehe Beschlusstil)

c) Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen

Grundsatzausprache

Siegfried Zellnig (CDU) bezeichnet das Gesamtvolumen von 2,3 Milliarden DM für diesen Bereich als nach wie vor hoch, was seine Fraktion begrüße. Allerdings habe es bereits in den Vorjahren eine erhebliche Absenkung der Mittel gegeben. Die Zahl der geförderten Wohneinheiten habe sich seit 1995 von über 29.000 Wohnheiten auf 22.000 im Jahre 1999 verringert. Die Programmzahl für das Jahr 2000 müsse vom Ministerium erst noch mitgeteilt werden. Das dennoch bestehende hohe Niveau sollte nunmehr aber auch gehalten und nicht noch weiter reduziert werden. Übereinstimmung habe bisher im Ausschuss darin bestanden, dass es auf eine Verstetigung der Bautätigkeit ankomme.

Aus der Tatsache, dass seine Fraktion zu dem Thema Städtebau beziehungsweise Wohnungsbau keine Anträge gestellt habe, bedeute nicht, mit dem gegebenen Zustand einverstanden zu sein. Im Übrigen beanstande man nach wie vor, dass diese Bereiche nicht in einem Ministerium beheimatet seien. Bei einer Regierungsübernahme werde seine Fraktion insoweit auf jeden Fall eine Änderung vornehmen.

Der CDU-Politiker kommt auf das noch nicht vorliegende Wohnungsbauprogramm 2000 zu sprechen und merkt ausgehend vom sich abzeichnenden Ergebnis des Programmes 1999 an, dass es in jedem Jahr um diese Zeit in den Gremien der Wfa geheißen habe, im Dezember gehe die Post ab. Erstmals im letzten Jahr habe es insoweit einen Ausreißer gegeben. In diesem Jahr bahne sich jedoch eine Katastrophe an. Ausweislich des Berichtes zum 3. November seien für den Mietwohnungsbau bisher lediglich 10,8 Prozent der Einheiten bewilligt oder gefördert. In diesem Bereich werde deshalb am Ende keine hundertprozentige Programmerfüllung mehr erreicht werden können. Außerordentlich froh sei er darüber, dass dem Parlament der Zugriff beim Finanzierungssystem wegen der speziellen Verfahrensweise in Nordrhein-Westfalen weitgehend entzogen sei. Andernfalls könnten nämlich Parlamentarier sagen, wenn nur gut zehn Prozent der Mittel eines Programmes in Anspruch genommen würden, könne auf die Einstellung der bisherigen Haushaltsmittel verzichtet werden. Das meiste Geld komme aber aus dem Landeswohnungsbauvermögen und sei dem Zugriff der Politik entzogen und bleibe dem Wohnungsbau erhalten. Er hielte es aber für nicht vertretbar,

wenn die Abflusszahlen 1999 nicht zur Kenntnis genommen und in das Programm des Jahres 2000 die alten Zahlen eingestellt würden. Vielmehr müsse das 99er Ergebnis zu einer Veränderung des Wohnungsbauprogrammes führen, weil das derzeitige Angebot keine Akzeptanz erfahre oder nicht in der bestehenden Form notwendig erscheine.

In den Wfa-Gremien habe man erfahren, dass zum Jahresende Unternehmen auch Mittel zurückgegeben hätten. Bei der Neugestaltung des Programmes müsse genau hinterfragt werden, aus welchen Gründen Unternehmen Mittel zurückgäben, sodass noch weniger Mietwohnungsbau gefördert werde. Das dürfte nach seinem Eindruck auch in den Rahmenbedingungen des sozialen Wohnungsbaues begründet sein, wenn etwa an die mögliche Verzinsung gedacht werde. Zudem hätten die Unternehmen nicht das Vertrauen, dass die Rahmenbedingungen im sozialen Mietwohnungsbau langfristig stabil seien.

Die Miet-Einfamilienhäuser liefen erneut nicht. Von dem deklarierten zweiten Förderungsweg wisse heute jeder, dass dieser nicht akzeptiert werde, weil dieser in der bestehenden Ausgestaltung nicht in die Landschaft passe. Statt der vorgesehenen Mittel für 600 Einheiten seien bis zum Stichtag lediglich 40 abgeflossen. Er rege an, den zweiten Förderweg wegen der Veränderungen der Rahmenbedingungen zu streichen.

Als Lichtblick könnten die Eigentumsmaßnahmen angeführt werden. Das hänge auch mit den leicht veränderten Rahmenbedingungen zusammen. Aber selbst dieses Programm werde nicht hundertprozentig umgesetzt, weil nach wie vor die Einstiegsvoraussetzungen zum Erwerb von Wohnungseigentum bei der vorausgesetzten Einkommenshöhe nicht stimmig erschienen.

Das Bürgschaftsmodell, in das viel Arbeit investiert worden sei, habe bisher in keinem Jahr Erfolge gezeitigt. Aus diesem Ergebnis sollten Konsequenzen gezogen werden. Ähnliche Anmerkungen müssten für die Förderungsmaßnahmen im Bestand gemacht werden. Von den Mitteln für 1.700 Einheiten seien bis zum 3. November erst 119 abgerufen worden. Traditionsgemäß werde die Kombinationsförderung nicht akzeptiert. Ferner gebe es auch wieder ein Null-Summen-Spiel bei der Förderung von Maßnahmen zur Schaffung von Belegungs- und Mietpreisbindungen.

Die Eingangsvoraussetzungen bei der einkommensorientierten Förderung seien so gestaltet gewesen, dass kein vernünftiger Mensch diese habe abnehmen können. Deshalb sei bis zum 3. November erst für sechs Wohneinheiten die Förderung abgerufen worden.

Er befasse sich mit diesem in seiner Erfolglosigkeit nicht zu überbietenden Programm mit dem Hinweis auf das Programm, das für das Jahr 2000 gestaltet werde. Er appelliere nachdrücklich an den Minister, ein Programm aufzubauen, das Akzeptanz finde und möglichst hundertprozentig abgenommen werde. Sollte dafür eine Vorlage benötigt werden, brauche das Ministerium nur zum letzten CDU-Antrag zum Wohnungsbauprogramm greifen. Er garantiere, dass ein so gestricktes Programm voll abfließen werde.

Bezug nehmend auf die im Verlauf der Sitzung von der Abgeordneten Tarner gemachten Anmerkung, die CDU-Anträge stellten ein Armutszeugnis dar, betont der Abgeordnete Zellnig, dass das Wohnungsbauprogramm am Wichtigsten sei. Eine direkte Einflussnahme auf dessen Ausgestaltung habe das Parlament nicht, weil das Ministerium aus dem bewilligten Geld ein Programm erstelle.

Abschließend äußert der CDU-Abgeordnete, er hätte bei seinen wohl letzten Ausführungen zu einem Haushalt dem amtierenden Minister gern gesagt, dass dieser unter den erlebten Wohnungsbauministern zu den guten gehört habe. Diese Aussage könne von ihm aber nicht getroffen werden. Vielmehr müsse deutlich gesagt werden, dass er, Zellnig, schon mit dem Minister Zöpel "gefochten" habe, was bereits schwierig genug gewesen sei. Dass er bei der Nachfolgerin Brusis einmal sich punktuell den Minister Zöpel zurückgewünscht hätte, habe er schon nicht für möglich gehalten. Bei Minister Vesper habe er einen graduellen Unterschied erwartet. Am Ende seiner Parlamentszeit würde er sich wieder den Minister Zöpel wünschen, weil mit diesem besser zusammengearbeitet werden könne.

Gerd-Peter Wolf (SPD) verweist darauf, ebenfalls zum letzten Mal als Sprecher der SPD-Fraktion zu einem Haushalt Stellung zu nehmen. Der Kollege Zellnig habe wie erwartet argumentiert.

Nordrhein-Westfalen sei gemessen an vielen anderen Bundesländern bei der Wohnungspolitik eine Insel der Seligen. Während in diesem Politikfeld nämlich überall der Daumen nach unten zeige, gehe es in diesem Land voran, wie die Zahlen der Baugenehmigungen und Baufertigstellungen belege. In Nordrhein-Westfalen gebe es eine ungebrochene Lust am Bauen. Die August-Zahlen lauteten 1997 23.469, 1998 25.755, 1999 27.374.

Er stimme dem Kollegen Zellnig zu, dass bei diesen Zahlen darauf gesehen werden müsse, wofür die Mittel ausgegeben worden seien. Der Anteil bei den Eigenheimen steige weiterhin überdimensional von 16.700 über 19.500 auf 21.400, während er bei Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen von 3.600 auf 2.700 zurückgegangen sei. Das zeige die Marktveränderungen, auf die natürlich reagiert werden müsse. Insoweit erwarte er, dass beim nächsten Wohnungsbauprogramm, sofern der Landtag ausreichend Mittel zur Verfügung stelle, die entsprechenden Akzente gesetzt werden.

Hinsichtlich des Wohnungsbauergebnisses in diesem Jahr sei er nicht so pessimistisch wie der Kollege von der CDU, auch wenn die Post nicht mehr so schön wie in früheren Jahren abgehe. Dennoch könne von einem guten Ergebnis ausgegangen werden. Zwar seien Mittel zurückgegeben worden, aber von anderen wiederum auch welche angefordert worden. Nach der Berichterstattung werde das Programmvolumen um etwa zehn Prozent nicht erfüllt. Aber auch mit einem solchen Ergebnis liege Nordrhein-Westfalen weit vor den anderen Bundesländern.

1992 habe das Land noch 700 Millionen DM Fördermittel des Bundes erhalten, 1998 seien es nur noch 243 Millionen DM gewesen. Im ersten Jahr der Schröder-Regierung sei die Förderung auf 118 Millionen und im zweiten Jahr auf 100 Millionen DM zurückgegangen. Mit einer solch sehr fiskalisch orientierten Förderpolitik werde aus seiner Sicht als Wohnungspolitiker die Wohnungsnot der Zukunft geschaffen. Sobald die Konjunktur anziehe, werde dem vorhandenen Bedarf auch die Nachfrage folgen. Allerdings erscheine es auch nicht sinnvoll, viel Geld hinzulegen, das dann doch keiner nehme. Deshalb müssten Wohnungsbauprogramme der Realität gemäß gestaltet werden. Diese Realität sei in anderen Ländern sehr bitter. In Baden-Württemberg sei das Wohnungsbauprogramm im Mietwohnungsbereich von 9.450 im Jahre 1995 auf 800 im Jahre 1998 zurückgegangen. In diesem Jahr seien dort seines

Wissens sogar nur noch 200 Einheiten im Programm eingesetzt gewesen. In Berlin lauteten die Vergleichszahlen 12.500 und 1.300 Mietwohnungen. In Bayern habe es einen nicht ganz so starken Rückgang dieser Zahlen von 8.300 auf 5.100 und im Jahre 1999 auf 4.000 gegeben. In Sachsen sei mit Augenmaß nur ein Rückgang von 6.000 auf 5.150 erfolgt.

Der SPD-Abgeordnete bezeichnet es als gut, gemeinsam das Wohnungsbauvermögen vor "Raubrittern" geschützt zu haben. Die Finanzpolitik sei mit diesem Schutz seinerzeit auch einverstanden gewesen. Das Landeswohnungsbauvermögen werde auch weiterhin wohl gemeinsam gut verwaltet. Der nachfolgenden Abgeordnetengeneration lege er ans Herz, auf dieses Vermögen zu achten.

Nicht anschließen könne er sich der Aufforderung des CDU-Kollegen, schlecht laufende Programmteile abzuschaffen. Vielmehr solle darauf geschaut werden, inwieweit sie verbessert werden könnten. Die Annahme des für ihn guten Bürgschaftsmodells hänge von der jeweiligen Zinssituation ab. Bei einer anderen Zinssituation werde dieses Modell sicher auch Abnehmer finden. Allerdings freue er sich darüber, dass dieses Modell zurzeit wegen der niedrigen Zinsen nicht benötigt werde, denn andernfalls wären die Zahlen im Eigentumsbereich nicht so positiv. Insgesamt spreche er sich dafür aus, die jeweiligen Programmteile im Korb zu belassen, damit bei einem Umschwenken des Marktes die entsprechenden Instrumente vorhanden und bekannt seien, sodass sie sofort abgerufen werden könnten. Auch in der Vergangenheit habe es bei über Jahre entwickelten Programmteilen Jahre gedauert, bis sie gelaufen seien. Dazu verweise er auf das Energiesparprogramm als letztes Beispiel, das erst seit dem dritten Jahr glatt laufe.

Das Land gehe wohl gerüstet in das Jahr 2000 und könne den Investoren ein gutes Angebot machen, das der Nachfrage auch gerecht werden dürfte. Den Koalitionsfraktionen werde es im Zuge der Beratungen wohl noch gelingen, die Akzente bei den Miet- und Eigentumsmaßnahmen noch etwas anders zu setzen, die der Entwicklung, die sich an den Bauordnungsämtern zeige, stärker gerecht werde, sodass mehr Menschen in den Genuss der staatlichen Eigenheimförderung gelangten. Insoweit sei er sich einig mit dem Kollegen Zellnig, dass das Eigenheim die beste Wohnform für Familien darstelle, die gefördert werden müsse.

Hedwig Tarner (GRÜNE) betont, die Wohnungsbaupolitik sei weder der Nabel der Welt noch kreise sich die gesamte Landespolitik darum. In den letzten Jahren habe sich eine sehr starke Entspannung auf dem Wohnungsmarkt ergeben. Die Auswirkungen seien, dass der Wohnungsbaupolitik teilweise das Geld genommen werden solle. Deshalb begrüße sie die Existenz der Wfa, wodurch diese Mittel sicher seien. Schwierigkeiten gebe es außerdem bei der Ausgestaltung der Programme und damit, Investoren zu finden, die daran interessiert seien. Für sie bilde nicht der Abfluss der Mittel den Gradmesser für die Qualität und Sicherheit der Programme, sondern es gehe um den sozialen Wohnungsbau. Das bedeute, das Ziel vor Augen zu haben, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen mit angemessenem Wohnraum versorgt würden.

Für sie sei das Eigenheim nicht besser oder schlechter als der Mietwohnungsbau, sondern es gehe um die entsprechenden Lösungen in verschiedenen Situationen. Sie bestreite die Aussage des CDU-Sprechers, dass die Mieteigenheimförderung nicht laufe, vielmehr sei diese stetig

gestiegen. Diese Wohnform bilde eine Lösung, um gerade für Großfamilien angemessenen Wohnraum zu schaffen. Das Schiff "Neubauförderung" sei schon sehr weit gefahren. Jetzt gehe es vor allem um das Arbeiten im Bestand, wozu sie auf die Situation im Ruhrgebiet verweise. Die Einwohnerzahl sinke in dieser Region, allerdings gebe es Qualitätsmängel beim Wohnraum. Die Kombiförderung habe bisher nicht die Hoffnungen erfüllt. Für wichtig halte sie, Wohnungsgenossenschaften im Bestand zu fördern. Bei der Wohnungsbaupolitik müsse in der nächsten Legislaturperiode vor allem versucht werden, im Bestand eine bessere Förderung zu erlangen.

Zum Abschluss hebt die Abgeordnete der Grünen hervor, dass das Energiesparprogramm gut angenommen worden sei. Außerdem erwarte sie, dass beim Wohngeld auf Landesebene keine Kofinanzierungsprobleme entstehen dürften, sofern auf Bundesebene dieses erhöht werde. Sie halte den vorgelegten Haushalt für gelungen.

Minister Dr. Michael Vesper (MBW) dankt dafür, dass die Kollegin Tarner das Thema "Wohngeld" in die Diskussion noch eingebracht habe, das vom Kollegen Zellnig entgegen seiner Ankündigung, dieses Thema in jeder Sitzung anzusprechen, nicht aufgegriffen worden sei.

Was das Wohnungsbauprogramm betreffe, müsse zunächst analysiert werden, warum solche Programme nicht mehr in dem Ausmaß wie früher abgenommen würden. Das habe sicherlich auch damit zu tun, dass in den letzten Jahren in Nordrhein-Westfalen eine erfolgreiche Wohnungsbaupolitik betrieben worden sei, wie die deutlich zurückgegangene Zahl derer, die keine Wohnung hätten, belege. Die Differenz der Zahl der Haushalte und der Zahl der Wohnungen sei in den letzten vier Jahren mehr als halbiert worden, und es gebe eine allgemeine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt. Dennoch bedürfe es weiterhin des sozialen Wohnungsbaues. Wenn am 11. Januar das neue Wohnungsbauprogramm im Kabinett verabschiedet und am 12. Januar in die Fächer gelegt werde, geschehe dies im Gegensatz zu früheren Jahren sehr früh. Dabei werde wiederum versucht, auf die Nachfrage einzugehen. Insoweit gehe es nicht nur um die im Haushalt ausgewiesenen 2,4 Milliarden DM, sondern es gehe auch um die 343 Millionen DM, die für das Energiespar- und für das Modernisierungsprogramm ausgegeben würden.

Die Zahl der Eigentumsförderungsmaßnahmen werde in diesem Jahr wiederum erfüllt, jedoch könnten wegen nicht vorliegender Anträge nicht mehr Eigentumsmaßnahmen bewilligt werden.

Auf den Einwurf von **Franz Riscop (CDU)**, dazu müssten die Bedingungen verändert werden, entgegnet **Minister Dr. Michael Vesper (MBW)**, die vom Land angebotene Förderung bewege sich schon am Rande der Überförderung. Zusammen mit der Eigenheimzulage werde eine so großzügige Förderung geboten, dass deren Inanspruchnahme für die Haushalte, die sich Eigentum überhaupt leisten könnten, höchst attraktiv erscheine. Schraubte man die Bedingungen für die Zugangsberechtigung weiter nach unten, produzierte man geradezu Insolvenzen und Zwangsversteigerungen, was nicht seinem Verständnis von einer verantwortungsvollen Wohnungsbaupolitik entspreche. Die Grenzbeträge würden ein wenig erhöht,

um den Zugang zur Förderung zu erleichtern, und die Programme im Eigentumsbereich deutlich vereinfacht.

Das endgültige Ergebnis beim Mietwohnungsbau, fährt Minister Dr. Vesper fort, werde nicht so schlecht ausfallen, wie das gerade dargestellt worden sei, denn zum Ende des Jahres werde noch viel geschehen. Ihn befremde aber, dass sich die CDU darüber freue, wenn zu wenig Anträge abgerufen würden. Aber nach den Berichten von Bewilligungsbehörden rechne er damit, dass letztlich mindestens drei Viertel der Maßnahmen im Mietwohnungsbereich abgerufen würden. Bei der Bestandsförderung werde das Programmvolumen mit über 20.000 Einheiten eingehalten.

Wenn der Kollege Zellnig von einer Katastrophe beim Wohnungsbauprogramm spreche, müsse dieser daran erinnert werden, dass die CDU die Fehlbelegungsabgabe so habe aufweichen wollen, dass man nicht um 75 Millionen DM bei den Einnahmen aus der Fehlbelegungsabgabe hätte heruntergehen müssen, sondern diese insgesamt hätte streichen können, sodass noch einmal 130 Millionen DM weniger als jetzt zur Verfügung gestanden hätten. Von der Landesregierung könnten die Pferde zu einer gut gefüllten Tränke geführt werden, saufen und fressen müssten diese jedoch selber. Auch die CDU sollte mit dafür sorgen, dass gerade die ehemals gemeinnützigen Wohnungsunternehmen wieder stärker in den sozialen Wohnungsbau investierten. Im Augenblick würden die Angebote von manchen freien Wohnungsunternehmen freudiger abgenommen als von den ehemals gemeinnützigen.

Im Übrigen sei er zuversichtlich, dass Herr Zellnig ihn im Rückblick irgendwann einmal auch als guten Wohnungsbauminister benennen werde. Sein Ziel sei es, auch nach der Landtagswahl den nächsten Haushalt zum Einzelplan 14 einzubringen.

Antragsberatung

Zu lfd. Nr. 2:

Gerd-Peter Wolf (SPD) nimmt nach der Abstimmung Bezug auf die letzte Ausschusssitzung, in der auf die Gründe für die Probleme mit diesem Titel hingewiesen worden sei. Er rege an, dass der Deutsche Siedlerbund vor der nächsten Antragsstellung die Beratungskapazität des Ministeriums nutze, damit dieses dann einen Ansatz selbst vorsehe und beim Finanzminister auch verteidige.

Zu lfd. Nr. 4 bis 6:

Hedwig Tarnier (GRÜNE) weist darauf hin, diese drei Anträge dienten als Deckungsvorschlag für die Erhöhung des Ansatzes für die Genossenschaftsberatung - s. lfd. Nr. 3.

Zu lfd. Nr. 7:

Für **Hedwig Tarnier (GRÜNE)** hat dieser Antrag den gleichen Stellenwert wie bei der Auseinandersetzung zum ILS. Ein solcher Beschluss könne zwar gefasst werden und es erscheine erfreulich, wenn 500.000 DM mehr eingenommen werden könnten. Aber zu diesem Thema habe der Ausschuss schon Erläuterungen erhalten, sodass danach dieser Antrag für sie nur als Show-Antrag gelten könne.

Minister Dr. Michael Vesper (MBW) bekundet nachdrücklich, niemand habe ein größeres Interesse an einer Einnahmenerhöhung bei der Fortbildungsakademie wie das Ministerium, aber Luftbuchungen hätten keinen Sinn. Im Jahr 1999 habe es wegen der IBA-Schlusspräsentation relativ hohe Einnahmen gegeben, weil dabei vielfach auf die in unmittelbarer Nachbarschaft liegende Fortbildungsakademie zurückgegriffen worden sei, aber der vorgeschlagene Einnahmenbetrag könne nicht erzielt werden. Deshalb bitte er darum, diesen CDU-Antrag abzulehnen. Sollten wider Erwarten höhere Einnahmen erzielt werden, würden sie ohnehin dem Landeshaushalt zufließen.

Zu lfd. Nr. 8:

Für **Rainer Michaelis (GRÜNE)** erscheint gerade dieser CDU-Antrag ärgerlich, weil ganz klar sei, dass ohne intensive Information in diesem Bereich keine Chance auf Mittelabruf bestehe. Er habe jedenfalls in seinem Wahlkreis ein sehr großes Informationsdefizit über diese Fördermöglichkeiten festgestellt.

Bernhard Schemmer (CDU) bezeichnet die Einlassung seines Vorredners als unverständlich. Das Problem bestehe vielmehr darin, dass Antragsteller Monate auf einen negativen Bescheid warten müssten. Nachfrage nach diesen Mitteln gebe es durchaus, sodass es keiner zusätzlichen Information zur Nachfrageweckung bedürfe.

Minister Dr. Michael Vesper (MBW) bekräftigt, dennoch müssten die Bürgerinnen und Bürger, die danach fragten, informiert werden. Es gehe nicht nur darum, einen Antrag zu verschicken, sondern auch darum, über die rationelle Energienutzung zu unterrichten. Darüber hinaus würden mit diesen Mitteln Handwerker geschult, die mit diesen Techniken der erneuerbaren Energien an den Markt gehen sollten. Eine solche Informationsstreichung hielte er für absurd.

gez. Adolf Retz

Vorsitzender

15.06.2000/21.06.2000